



An die  
Schweizer Delegation im Oberrheinrat

## Resolutionen des Oberrheinrats vom 9. Dezember 2013

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Oberrheinrat hat an seiner Plenarsitzung vom 9. Dezember 2013 sechs Resolutionen verabschiedet. Im Folgenden übermittle ich Ihnen die gemeinsamen Antworten bzw. Stellungnahmen der Nordwestschweizer Kantone.

### **Ökonomische und energetische Konversion von kerntechnischen Anlagen am Oberrhein**

Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass in der Schweiz keine weiteren Atomkraftwerke mehr gebaut und somit bestehende Atomkraftwerke nicht mehr ersetzt werden. Dieser Entscheid hat insbesondere enorme Anstrengungen in der Förderung erneuerbarer Energien und in der Steigerung der Energieeffizienz zur Folge. Ebenso kommt in den kommenden Jahren im Rahmen der Energiestrategie 2050 des Bundes der Forschung und Entwicklung eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung zu. Einzelne Massnahmen befinden sich bereits in der Umsetzungsphase. So wurde schon im Juli 2011 eine Runde neuer nationaler Forschungsprogramme im Themenbereich der Energieforschung ausgeschrieben. Im Oktober 2012 hat der Bundesrat zuhänden der eidgenössischen Räte eine Botschaft zur Erarbeitung eines Aktionsplanes "Koordinierte Energieforschung Schweiz" erteilt. Und am 4. September 2013 verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Neben der Totalrevision des Energiegesetzes schlägt der Bundesrat darin auch eine Revision des Kernenergiegesetzes vor, mit welcher der Ausstieg aus der Atomenergie gesetzlich geregelt werden soll. Rahmenbewilligungen zum Bau neuer oder zur Änderung bestehender Kernkraftwerke sollen nicht mehr erteilt werden können.

Energieforschung ist, wie jede Forschung, in hohem Grad international. Forschungsgruppen aus der Schweiz engagieren sich entsprechend auch im Bereich der Energieforschung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies erzeugt Synergien und hilft, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Forschungseffizienz zu steigern. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur (IEA) sowie in den Forschungsrahmenprogrammen der Europäischen Union.

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz erachtet es als notwendig, die aktuellen nationalen und regionalen rechtlichen Rahmenbedingungen in den drei Ländern zu berücksichtigen und die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen zu verstärken. Dabei ist im Rahmen der Oberrheinkonferenz bzw. der bestehenden zwischenstaatlichen Fachgremien die vertiefte Zusammenarbeit zum Thema erneuerbare Energien und der Austausch zur Frage der Konversion zu prüfen. Zu nennen ist hier die erfolgreiche Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch am Oberrhein im Rahmen des Ener-

gienetzwerks TRION. Hier begrüsst die Nordwestschweizer Regierungskonferenz im Sinne der Nachhaltigkeit des Projekts die Überführung des Netzwerks in eine eigene Rechtsform.

Daneben fördern die Kantone in Ergänzung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eigenständig Massnahmen in den Bereichen effiziente Energienutzung, erneuerbare Energien und Abwärme.

### **Förderung der gegenseitigen Information und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung am Oberrhein**

Die Oberrheinkonferenz hat an ihrem Plenum am 29. November 2013 in Liestal die Willenserklärung für eine kohärente Raumentwicklung am Oberrhein genehmigt. Damit ist die frühzeitige Information der Nachbarn über Planungsvorhaben sichergestellt und es wird die Möglichkeit geschaffen, nachbarliche Planungsziele in den je eigenen Planungen zu berücksichtigen. Das Verfahren der gegenseitigen Information erfolgt im Rahmen einer dreijährigen Pilotphase, die durch die Arbeitsgruppe „Raumordnung“ der Oberrheinkonferenz Ende 2016 evaluiert wird.

### **Ansiedlung einer Europäischen Grossforschungseinrichtung in der Oberrheinregion**

Die Säule Wissenschaft der Trinationalen Metropolregion Oberrhein will künftig noch enger zusammenarbeiten und dabei auch die Möglichkeiten einer trinationalen Grossforschungseinrichtung prüfen. Ziel ist es, die Kompetenzen aus allen drei Ländern in spezifischen Schlüsselthemen, zu bündeln. Finanzielle Anträge der Säule Wissenschaft für konkrete Design- bzw. Machbarkeitsstudien zum Thema Grossforschungseinrichtung und weiteren Kooperationsprojekten sind erst zum gegebenen Zeitpunkt zu prüfen. Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz weist darauf hin, dass auf Schweizer Seite der Lead bei der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz liegt, unter Miteinbezug weiterer Akteure der Nordwestschweiz. In ihrer Gesamtheit und räumlichen Konzentration bilden auf Schweizer Seite die Grossforschungsanlagen am Paul Scherrer Institut PSI im Kanton Aargau (grösstes Forschungszentrum für Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Schweiz und institutionell in den ETH-Bereich eingegliedert) eine weltweit einzigartige Infrastruktur. Neben der Neutronenquelle SINQ, die Synchrotron Lichtquelle Schweiz SLS, die Myonenquelle SpS wird am PSI im Jahr 2016 der Freie-Elektronen-Röntgenlaser SwissFEL die nächste Grossanlage in Betrieb gehen.

Aus Sicht der Kantone soll bei der Forschungszusammenarbeit - ausgehend von bestehenden realen räumlichen Infrastrukturen - der Vernetzungs- und Zusammenarbeitsaspekt im Vordergrund stehen sowie Erweiterungspotenziale geprüft werden, bevor sich aus einer solchen Kooperation wissenschaftlich begründete gemeinsame Forschungsinfrastrukturen ergeben können.

### **Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung**

Im Rahmen des 12. Dreiländerkongresses zum Thema Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2010 haben sich die Akteure der Zusammenarbeit am Oberrhein für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Bildung, Forschung und Innovation am Oberrhein durch Förderung der Vernetzung und der Transparenz aller Akteure, ausgesprochen. Da es bereits vielfältige Aktivitäten und Projekte im Bereich der Ausbildung am Oberrhein gibt (Bsp. Euregio-Zertifikat, EA Berufsbildung der ORK, etc.) sind eine Verbesserung der Transparenz im Ausbildungsbereich und die weitere Förderung der Mehrsprachigkeit sinnvoll. Bereits heute gibt es einen intensiven Austausch mit insgesamt 421 Lehrlingen aus Deutschland und Frankreich, die ihre Lehre in der Nordwestschweiz absolvieren (Kanton BS 183, BL 146, AG 72, JU 14, SO 6 - Zahlen März 2014).

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz weist auf die grossen Unterschiede zwischen den Systemen der Lehrlingsausbildung, die unterschiedlichen institutionellen Strukturen sowie die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Situationen in den Mitgliedstaaten hin. Sie begrüsst die deutsch-französische Initiative und das Abkommen zur Berufsbildung und wird mit den Wirtschaftsvertretern auf Schweizer Seite den Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten für eine Beteiligung der Schweizer Seite bzw. alternative Massnahmen prüfen.

### **Gedenken anlässlich von 100 Jahren Erster Weltkrieg**

Der Erste Weltkrieg veränderte in grossem Ausmass das Leben der Menschen, Gesellschaften und Staaten in Europa. Die gemeinsame Erinnerung an diesen kollektiven Albtraum, seine Ursachen und Auswirkungen ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses. Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz begrüsst die Aktivitäten am Oberrhein zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg. Insbesondere zu nennen ist dabei aus Schweizer Sicht die grenzüberschreitende Ausstellungsreihe des trinationalen Netzwerks oberrheinischer Museen. Als konkretes Beispiel kann zudem die Eröffnung des Bunkerpfads „Km Zéro“ am Süden der Westfront 1914-1918 im August 2014 bei Pfetterhausen im Département Haut-Rhin erwähnt werden.

### **Schaffung eines Sekretariats für den Oberrheinrat**

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz nimmt die Resolution des Oberrheinrats zur Schaffung eines eigenen Sekretariats zur Kenntnis, sieht aber den Oberrheinrat selber als zuständiges Gefäss, um ein inhaltliches Konzept für ein Sekretariat und dessen Finanzierung zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüssen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Elisabeth Baume-Schneider, Regierungsrätin JU

Konferenzpräsidentin

